

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Ludger Kühnhardt

Europa neu begründen

Discussion Paper

**C167
2007**

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Jahrgang 1958, ist Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Von 1991 bis 1997 war er Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg. Nach dem Studium der Geschichte, Philosophie und Politischen Wissenschaft in Bonn, Genf, Tokio und Harvard wurde er mit einer Dissertation über das Weltflüchtlingsproblem promoviert. Seine Habilitation widmete sich der Universalität der Menschenrechte. Kühnhardt war Redenschreiber von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Gastprofessor an zahlreichen Universitäten.

Er hat unter anderem zu verschiedenen Aspekten der europäischen Integration publiziert, darunter: Europäische Union und föderale Idee, München 1993; Revolutionszeiten. Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1994 (Türkische Ausgabe 2003); Von der ewigen Suche nach Frieden. Immanuel Kants Vision und Europas Wirklichkeit, Bonn 1996; Beyond divisions and after. Essays on democracy, the Germans and Europe, New York/Frankfurt a.M. 1996; (mit Hans-Gert Pöttering) Kontinent Europa, Zürich 1998 (Tschechische Ausgabe 2000); Zukunftsdenker. Bewährte Ideen politischer Ordnung für das dritte Jahrtausend, Baden-Baden 1999; Von Deutschland nach Europa. Geistiger Zusammenhalt und außenpolitischer Kontext, Baden-Baden 2000; Constituting Europe. Identity, Institution-Building and the Search for a Global Role, Baden-Baden 2003; Erweiterung und Vertiefung. Die Europäische Union im Neubeginn, Baden-Baden 2005.

Nachdruck einer vierteiligen Serie im Rheinischen Merkur/Christ und Welt, erschienen am 4., 11., 18. und 25. Januar 2007.

Ludger Kühnhardt

Europa neu begründen

I. Ein Grundgesetz für Europa

Zu den Fixpunkten in der Geschichte der europäischen Integration gehören zwei Erfahrungen: substantiellen Integrationsfortschritten gingen immer wieder fundamentale Krisenerfahrungen voraus, so als ob Krisen geradezu Motoren des Integrationsprozesses seien; auf Erweiterungen folgten stets Vertiefungen des Integrationsansatzes, weil mit neuen Mitgliedern neue Themen und Perspektiven Aufnahme fanden, aber auch der Zwang zur Optimierung der Strukturen und Entscheidungsprozesse in der erweiterten Gemeinschaft von neuem zu gebotenen institutionellen Reformen führen musste. Es gibt keine schlüssigen Gründe, warum beide Erfahrungen in der gegenwärtigen Phase des europäischen Integrationsprozesses außer Kraft gesetzt sein sollten. Zu den weiteren Erfahrungen in der Geschichte der europäischen Integration gehört die Erkenntnis, dass eine jeweils amtierende EU-Ratspräsidentschaft nur sehr bedingt ihre „eigene“ Agenda voranzutreiben vermag. Unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit der Agenda einer EU-Ratspräsidentschaft fällt dieses Urteil noch zurückhaltender aus.

Eine einzelne EU-Ratspräsidentschaft kann Themen auf die Traktandenliste der EU setzen und die Partner dazu bewegen, neue Akzente mitzutragen. Doch nachhaltiger Integrationsfortschritt kann meistens nur dann mit einer EU-Ratspräsidentschaft assoziiert werden, wenn es dieser gelingen konnte, in einer einzigen, gleichwohl zentralen Frage als ehrlicher Makler widerstreitende Positionen in der Gesamtgemeinschaft zusammengeführt und zu einem neuen Entscheidungskompromiss gebracht zu haben. Darin liegt die

Chance der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 im Hinblick auf die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages. Deutschland hat den Europäischen Verfassungsvertrag ratifiziert. Seine politischen Institutionen und größten Parteien sind in der Frage nach der Zweckmäßigkeit einer Verfassungsordnung für die zum 1. Januar 2007 auf 27 Mitglieder erweiterte Europäische Union festgelegt, sie müssen also nicht mehr um eine nationale Mehrheit ringen – das entlastet von jedweder Neigung zu populistischen Kapriolen.

Der Europäische Verfassungsvertrag wurde nach zweijähriger Vorarbeit in einem Konvent, der weit politischer und öffentlicher war als alle früheren Vertragsreformen seit 1957, von allen Mitgliedsstaaten der EU (und den Kandidatenländern Rumänien, Bulgarien und Türkei in Anwesenheit des damals noch potentiellen Kandidatenlandes Kroatien) am 29. Oktober 2004 unterschrieben. Seither wurde er in zwei Dritteln der EU-Mitgliedsstaaten, die über eine deutliche Mehrheit der 485 Millionen Unionsbürger verfügen, ratifiziert. In zwei Referenden in Frankreich und in den Niederlanden votierten Mehrheiten gegen die Annahme des Europäischen Verfassungsvertrages. Acht Mitgliedsstaaten haben die Ratifikation derzeit auf Eis gelegt.

Die deutsche Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, den europäischen Verfassungsprozess wieder zu „enteisen“. Es käme vor allem wohl darauf an, im Kreis aller EU-Mitgliedsländer Kriterien und einen Fahrplan zu verabschieden, der die stockende Verfassungsfrage aus dem Nebel von Rhetorik und Gerücht wieder auf eine erfolgsträchtige Schiene setzt. Kriterien und Fahrplan – das war immer wieder die richtungweisende Kombination, um in der europäischen Integration zu Fortschritten und zum Durchbruch in vertrackten Situationen zu finden. Man denke beispielsweise an den Weg zum Euro seit dem Maastrichter Vertrag 1991.

Im Falle des Europäischen Verfassungsvertrages hieße die Analogie wohl vor allem: Es müsste zwischen den EU-Mitgliedsstaaten, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission der Konsens darüber bekräftigt werden, dass die zentralen Inhalte des Verfassungsvertrages für den demokratischeren, effizienteren und effektiveren Fortgang der EU unzweifelhaft vonnöten sind. Es müsste fernerhin Konsens darüber

Europa neu begründen

formuliert werden, dass die erforderlichen Veränderungen in den Strukturen und Prozeduren der EU bis 2009, das heißt bis zur Neuwahl des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission allseits ratifiziert sein müssen und Geltung gewinnen. Es müsste schließlich verbindlich festgelegt werden, wie dies geschehen soll: Noch unter deutscher Ratspräsidentschaft wäre eine kurze Regierungskonferenz zu vereinbaren, die unter der nachfolgenden portugiesischen Ratspräsidentschaft zusammentritt, den Gang der Dinge seit der Unterzeichnung des Verfassungsvertrages interpretiert, eine Straffung des Verfassungsvertrages vorschlägt, gegebenenfalls minimale Änderungen, und einen verbindlichen Konsens darüber herbeiführt, dass der neue Reformvertrag der EU „Grundgesetz“ oder ähnlich heißt und angesichts seines zwischenstaatlichen Charakters – und dabei gleichzeitig – von allen Parlamenten in der EU zum Europatag 2008 ratifiziert werden und Mitte 2009 in Kraft treten soll. Es wäre eine glückliche Fügung der Regie, wenn die Ratifizierung während der slowenischen Ratspräsidentschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2008 erfolgen würde, wenn erstmals eines der postkommunistischen Neumitglieder der EU die Geschäfte der Union führt.

Es zeichnet sich ab, dass im Prinzip seitens der deutschen EU-Ratspräsidentschaft jener Ausweg aus der Ratifizierungssackgasse angesteuert wird, der sich schon unmittelbar nach den negativen Referenda in Frankreich und in den Niederlanden als der plausibelste abgezeichnet hat: Es wird zu keinen prinzipiellen Neuverhandlungen kommen. Die Substanz des Europäischen Verfassungsvertrages wird nicht in Zweifel gezogen. Es wird zu einer deutlichen Verkürzung des derzeitigen Textes des „Vertrages über eine Verfassung für Europa“ kommen müssen. Vermutlich wird es auch einen neuen Namen geben, der weniger provokatorisch klingt als es der Begriff „Verfassung“ in den Ohren vieler derer ist, die sich die EU noch immer als einen primär intergouvernementalen Wirtschaftsverbund vorstellen.

Tatsächlich ist die Europäische Union längst als ein Regierungssystem mit mehreren Ebenen, horizontalen wie vertikalen, etabliert. Dieses ist in vielerlei Hinsicht unvollständig und inkohärent. Es befindet sich vor allem in einer Schiefelage, weil es im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion

zu einem Souveränitätszusammenschluss geführt hat, diesem aber bisher keine korrespondierende Wirtschaftsverfassung und dieser wiederum keine konsistente Politische Union zur Seite steht. Die Bemühungen um eine Gemeinsame Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind bemerkenswert weit vorangeschritten (die EU unterhielt oder unterhält unterdessen über ein Dutzend friedenssichernde oder polizeiliche Missionen in aller Welt), aber eine klare Verantwortungs- und Repräsentationsstruktur fehlt diesem wichtigen Politikfeld noch immer. Die EU Mitgliedsstaaten mühen sich mehr schlecht als recht mit ähnlichen Agenden der Reform des überwuchernden Sozialstaates, doch sie sind noch immer nicht bereit, den Sinn grundlegender Aspekte der Sozialstaatlichkeit und Daseinsfürsorge als gemeinsame europäische Aufgabe zu definieren. Auf Dauer werden sich aber wohl nur so die Solidaritätsverpflichtungen in der EU widerspruchsfreier organisieren, die Ressourcen schonender einsetzen und die öffentlichen Ausgaben optimieren lassen. Eine transnationale Erweiterung staatsbürgerlicher Solidaritätsvorstellungen ist in der Europäischen Union zwingend geworden, wenn sie die Folgen des demographischen Wandels und der Einwanderung, zumal durch Menschen muslimischer Herkunft, zukunftsfest bewältigen will.

Keinem Verfassungstext dieser Welt würde die Aufgabe zugewiesen, die konkreten Traktanden zu lösen, mit denen die EU konfrontiert ist. Verfassungen finden ihren Sinn darin, eine Rahmenordnung abzustecken, die die konstruktive Lösung der anstehenden Aufgaben erleichtert. Die EU strebt dieses getreu ihrer Prinzipien an: Demokratie, Transparenz, Effizienz. So besehen ist die Ratifikationskrise der ersten Europäischen Verfassung in mancherlei Hinsicht paradox: Der vorliegende Europäische Verfassungsvertrag bietet eine Reihe von prozeduralen und institutionellen Verbesserungen, die die Kritik aufnehmen, die in Frankreich und in den Niederlanden letztlich zum negativen Votum geführt hat. Mehr noch: Erstmals erfährt Europa eine Verfassungsdebatte seitdem der Ratifikationsprozess in eine Krise geraten ist. Dies trifft auf alle Mitgliedsländer der EU zu, auch auf jene, die den Europäischen Verfassungsvertrag ratifiziert haben.

Europa neu begründen

Es ist daher von Nutzen, in die neu aufflammende Diskussion über die Zukunft des Europäischen Verfassungsvertrages hinein an die wichtigsten Reformelemente zu erinnern, die im Kern der vorliegenden EU-Verfassung stehen:

1. Die Europäische Union erhält Rechtspersönlichkeit. Damit wird die EU insgesamt zum einheitlichen Träger des weiteren Integrationsprozesses. Sie kann auch internationale Vereinbarungen eingehen.
2. Die komplizierte Drei-Säulen-Struktur, die mit dem Maastrichter Vertrag eingeführt worden war, wird zugunsten eines einheitlichen Vertragstextes ersetzt. Damit wird das Gesamtgefüge der EU übersichtlicher.
3. Der Europäische Rat erhält einen auf zweieinhalb Jahre gewählten und einmal wieder wählbaren Präsidenten. Damit wird der diffuse und oftmals ineffektive Zyklus kurzzeitiger Ratspräsidentschaften beendet. Mit der Festlegung auf Brüssel als Tagungsort aller Europäischen Ratstreffen wird der Charakter Brüssels als Hauptstadt der EU weiter ausgebaut.
4. Die Europäische Union erhält einen Außenminister. Dieser ist Ausdruck der gewaltenverschränkenden Konstruktion des genuinen EU-Föderalismus, indem er sowohl der Europäischen Kommission angehört, die vom Europäischen Parlament bestätigt werden muss, als auch vom Europäischen Rat, der Vertretung der mitgliedsstaatlichen Regierungen, benannt worden ist. Dem Außenminister zur Seite steht ein Europäischer Diplomatischer Dienst, an dessen Aufbau längst gearbeitet wird.
5. Das Europäische Parlament wird neben dem Europäischen Rat zum regulären zweiten Pfeiler im Gesetzgebungsverfahren der EU. Die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission verlangt eine Unterstützung durch die politische Mehrheit des Parlaments, dem die Kommission individuell rechenschaftspflichtig wird.
6. Die Europäische Kommission wird in ihrer Größe auf 18 Mitglieder beschränkt. Damit wird das Primat der Verpflichtung der Kommissare

gegenüber der Europäischen Union als Ganzes zu Lasten der Frage der nationalen Herkunft der Kommissare gestärkt.

7. Die Rechtsakte der Europäischen Union werden konzentrierter und transparenter. Es wird nur mehr Europäische Gesetze, Europäische Rahmengesetze, Europäische Verordnungen, Europäische Beschlüsse, Empfehlungen und Stellungnahmen geben. Das geheimnisumwitterte „Komitologie-Verfahren“ wird dadurch zurückgedrängt.
8. Die Entscheidungsverfahren in der EU unterliegen dem Prinzip der doppelten Mehrheit. Eine qualifizierte Mehrheit ist erreicht, wenn 55 Prozent der Länder, die 65 Prozent der Unionsbürger repräsentieren, einem Gesetzesakt zustimmen. Mit der doppelten Mehrheit wird der Doppelcharakter der EU als Union der Staaten und Union der Bürger anerkannt.
9. Die Charta der Grundrechte der Union wird Teil des Verfassungsvertrages und damit rechtswirksam. Damit werden Beschlüsse der EU unmittelbar an Grundrechtskriterien gebunden, womit die Aufgaben des Europäischen Gerichtshofes in der Deutung europäischer Beschlüsse eine solidere und unionseigene Legitimationsgrundlage erhalten.
10. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union kann freiwillig durch ein Land beendet werden, dem der Fortgang des europäischen Integrationsprozesses zu weitgehend ist. Damit sind erstmals Regeln aufgestellt, die die Angst von Europaskeptikern nehmen können, sie seien einem unausweichlichen Zwang zur Mitgliedschaft und zum schrittweisen Souveränitätszusammenschluss ausgesetzt.
11. Die Prozeduren für künftige Vertragsrevisionen werden vereinfacht. Damit wird die Möglichkeit verbreitert, rascher aus Erfahrungen und Defiziten zu lernen und institutionelle Folgerungen zu ziehen.

In der Diskussion steht die Überlegung, den gesamten Teil III des vorliegenden Vertrages über eine Verfassung für Europa zu streichen. In der Tat macht es Sinn, die vielfältigen Politikfelder der EU als sekundäres Verfassungsrecht gesondert zu behandeln. An ihren Inhalten entzündete sich die meiste Kritik in den Debatten in Frankreich und in den Niederlanden.

Europa neu begründen

Ihre Inhalte werden potentiell immer kontrovers bleiben. Dies ist das Wesen der Politik. Aber die Rahmenbestimmungen für Prozeduren und Entscheidungsabläufe, wie sie in Teil I (institutionelle Fragen), Teil II (Charta der Grundrechte der Europäischen Union) und Teil IV (Modalitäten für den Austritt aus der EU und für künftige Änderungen des Verfassungsvertrages) des Vertrages über eine Verfassung für Europa aufgeführt sind, gehören zusammen. Sachgerecht wäre es bestenfalls, die zur Zeit nur als Protokoll attachierten Aussagen über die künftige Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union und über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität in den Verfassungstext unter Teil I hinein zunehmen.

Es blieben zwei offene Fragen: Wie soll das gekürzte Werk heißen und wie soll es ratifiziert werden? Unter der politischen Klasse der EU scheint sich ein Konsens herauszubilden, man werde einen Teil des Bürgerunmuts dadurch abfedern, dass auf den Begriff „Verfassung“ verzichtet wird. Dahinter stehen mehr die Ängste vor der eigenen Überzeugungskraft als sachgerechte Begründungen. Es mag schon sein, dass die Europäische Union nicht mit einer nationalstaatlichen Verfassungsordnung gleichgesetzt werden sollte. Aber auch in Deutschland heißt die Verfassung bis heute „Grundgesetz“ und ist doch die Verfassung. Im Kern wird die Europäische Union durch Leistungen überzeugen und nicht durch rhetorische Kosmetik an der Nomenklatur ihrer Institutionen und Texte. In jedem Falle wäre es ein Gewinn, wenn die Verbindung des verfassungsförmigen Textes zu der Stadt seiner Erzeugung gestrichen würde zugunsten eines europaweit eingängigen inhaltlichen Begriffs. Insofern wäre auch „Grundgesetz“ ein deutlicher europapolitischer Quantensprung gegenüber den „Römischen Verträgen“ oder dem „Vertrag von Nizza“. Den Rest wird die Umgangssprache klären, in der sich der Begriff „Verfassung“ unterdessen in der EU ohnehin schon weitgehend eingebürgert hat.

Hinsichtlich der Ratifikationsthematik gilt es ein weiteres Paradox zu konstatieren: Es scheint so zu sein, daß ein gekürzter, möglicherweise teilergänzter und im Titel geänderter Text noch einmal in allen 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden muss. Das kann gemeinschaftsbildend und vor dem Hintergrund der Erfahrungen der verflossenen zwei Jahre er-

folgreich nur sein, wenn diese Ratifizierung zeitgleich und allseits durch die Parlamente geschieht (wobei wie in früheren Fällen nur Irland und Dänemark zu Volksabstimmungen verpflichtet sind). Immerhin sollte sich die EU auf ein gemeinsames Ratifikationsdatum verständigen, zum Beispiel auf den Europatag am 9. Mai 2008. Das späteste Datum wäre wohl der Europatag am 9. Mai 2009, dann unter tschechischer Ratspräsidentschaft, die der französischen im zweiten Halbjahr 2008 folgen wird. Wenige Wochen danach werden das Europäische Parlament und die Europäische Kommission neu gewählt, zu deren Inauguration eine neue Rahmenordnung für die EU wünschenswert wäre. Unrealistisch wäre es wohl zu versuchen, den modifizierten Verfassungsvertrag mit einer Supermehrheit durchzusetzen, auch wenn das eine oder andere Land partout mit „Nein“ stimmen würde. Dieses „Nein“ indirekt als Austrittserklärung aus der EU zu interpretieren, wäre vielleicht doch zu vermessen. So wird es wohl nur gehen, auf die Zustimmung in allen EU-Mitgliedsstaaten hinzuwirken. Parlamentarische Beschlüsse müssten indessen im Prinzip ausreichen.

Zeitweilig ist darüber nachgedacht worden, ob nicht ein gemeinsames europäisches Referendum zur Ratifizierung der Europäischen Verfassung (oder eines Europäischen Grundgesetzes) möglich und richtig wäre. Um eine reformierte Rahmenordnung der EU zu ratifizieren, dürfte es dazu in der derzeitigen Gesamtlage der EU, die noch immer von Verzagtheit und Ängsten geprägt ist, nicht kommen. In Teil I, Titel VI sieht der vorliegende Verfassungsvertrag die Möglichkeit von Volksbegehren in der EU vor, sofern eine Million Stimmen zusammengetragen werden können. Wenn diese Regel Wirklichkeit in der EU würde, wird die transnationale Bedeutung der Unionsbürgerschaft, die formal seit dem Maastrichter Vertrag eingeführt ist, vermutlich langfristig weit wirkungsvoller entfaltet werden können als durch einen einmaligen Ratifikationsakt der Verfassung selbst. Insofern wird eines Tages die Anwendung der Europäischen Verfassung – wie auch immer sie am Ende heißen mag – auf Dauer naturgemäß wichtiger werden als der Weg zu ihrer Ratifizierung. Die Einrichtung eines europäischen Volksbegehrens wäre ein elementarer Schritt hin zu einer europäischen Öffentlichkeit. Auch an diesem Beispiel zeigt sich die Rele-

vanz und Weitsichtigkeit vieler der Einzelheiten des so viel geschmähten Europäischen Verfassungsvertrages. Es kann paradoxerweise also gut möglich sein, dass am Ende des quälenden Prozesses, der sein Zustandekommen begleitet hat und noch immer begleitet, eine entscheidende Bedingung für die Förderung und Anwendung des Prinzips der europäischen Öffentlichkeit und des Ideals eines europäischen Verfassungspatriotismus erfüllt sein wird. Sollte es so kommen, dann und erst dann dürfte man von einer wirklich erfolgreichen und gelungenen deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 sprechen.

II. Europa braucht Europabürger

Europa steckt mitten in einer Phase der Neugründung. Die erste Gründung Europas – dafür stehen die Römischen Verträge – hatte die große, gewaltige Idee der Aussöhnung der europäischen Völker zum Ziel. Diese Phase begann mit der deutsch-französischen Verständigung und endet erst mit der vollständigen Integration Südosteuropas in die EU. Die derzeitige – und zum Teil also parallel verlaufende – Neugründung des vereinigten Europa ist durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet: Zum einen geht es im Zeitalter der Globalisierung um Europas Rolle in der Welt. Europa kommt zurück auf die Weltbühne, nicht als Kolonialmacht, sondern als Beispiel für Krisenüberwindung und als der größte Entwicklungshelfer der Welt.

Zum zweiten steht die EU vor der Entwicklung vom „Elitenprojekt“ zum Bürgerprojekt. Europa war 50 Jahre lang ein Projekt von oben nach unten, geschaffen von Regierungen, die versucht haben, ihre Völker mitzunehmen oder hinterher zu ziehen. Die Ablehnung des Verfassungsvertrags in Frankreich und den Niederlande kann man auch verstehen als Ausdruck des Willens vieler Menschen, mitzumachen und Europa als ihr eigenes Projekt neu zu begründen.

Heute befinden wir uns nicht in einer Krise der Integration, sondern in einer Krise in der Integration. Ob die EU gestärkt oder geschwächt daraus hervorgehen wird, ist offen. Im besten Falle wird man eines Tages vielleicht von der Neugründung der europäischen Integration aus ihrer Ver-

fassungskrise heraus sprechen können. Noch ist dies aber Hoffnung und keine Realität. Die Realität ist geprägt von Unsicherheit und Selbstzweifel.

Wohin geht Europa? Angesichts nicht vorhandener hellseherischer Fähigkeiten lassen sich nur die denkbar beste und die denkbar schlechteste Richtung andeuten, die Europa nehmen könnte.

Das negative Szenario lautet: Europa wird zum Museum der Welt oder gar zu einer Art grossem Bosnien oder Tschetschenien mit Identitätsspannungen bis an den Rand von bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen. Indizien dafür, dass wir uns auf einer solchen abschließenden Bahn befinden, sind Einstellungen wie die Abschottung unserer Märkte, die Angst vor der EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Angst vor Arbeitskräften aus den neuen mitteleuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, die Angst vor Einwanderern, Radikalisierungen an den Rändern der Gesellschaft, Gewaltanwendungen in früher nicht gekanntem Ausmasse und ein weithin geschwundener Wille zur Zukunft, für den die Geburtenzahlen das hervorstechendste Sinnbild sind.

Wenn es nachhaltig in diese Richtung weitergehen sollte, werden wir in atavistische, kaum noch für möglich gehaltene Formen vergangener Jahrhunderte zurückfallen und uns gleichzeitig zu unserem eigenen Schaden gegenüber dem Rest der Welt abkapseln. Seiner schönen Orte wegen wird Europa sicher das Museum der Welt bleiben, das man gerne besichtigt. Durch Abschottung, gepaart mit Aversionen gegen Einwanderer und unzulängliche Reformen der Sozialsysteme werden Arbeitslosigkeit, Unzufriedenheit und Ängste, ja sogar Verzweiflung weiter wuchern. Nicht ausgeschlossen werden kann dann, dass die Bilder, die wir aus der Banlieue von Paris oder aus der brennenden Innenstadt von Budapest gesehen haben, auch von anderen Orten gesendet werden. Der Bürgerkrieg, in neuen, womöglich subtileren Formen, ist auch im Europa des 21. Jahrhunderts nicht undenkbar.

Das positive Szenario lautet: Europa kommt aus den jetzigen Krisen heraus, wenn es den klaren Willen aufbringt, sich nicht mehr von seinen Grenzen, sondern von seinen Chancen her zu definieren. Und wenn es dazu als Wertegemeinschaft einen klaren Kompass hat. Das heißt, nicht zu

Europa neu begründen

fragen: Wo und wie bedroht uns die Globalisierung, sondern: Welche Chancen bietet sie uns? Nicht zu fragen: Was verlieren wir durch eine Vereinheitlichung der europäischen Sozialpolitik, sondern worauf können wir besser reagieren, wenn wir gemeinsame Standards in den Sozialsystemen erreichen?

Es muss uns gelingen, in Europa ein gemeinsames, übernationales Solidarverständnis und Staatsbürgerschaftsverständnis zu entwickeln. Wenn wir nicht Opfer der Globalisierung werden wollen, müssen wir es in der Europäischen Union schaffen, Europa auch als einen Sozialraum zu denken. Europa ist geschaffen, jetzt müssen Europäer erwachsen, die Europa mit Leben füllen. Bald werden wir Bürger der EU nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung stellen. Vielleicht gerät die Schrumpfung, verbunden mit den unterdessen allbekannten Alterungsprozessen, zu einem heilsamen Schock.

Der Wille zur Renaissance der EU als einer Union ihrer Bürger kann nur mit Hilfe geistiger Entscheidungen wachsen, aus einem Willen zum Europäer-Sein. Europa muss sich als Wertegemeinschaft erneuern und wieder nach einer Idee von Europa fragen. Es reicht nicht, Europa technokratisch zu definieren. Es reicht auch nicht, Europa in Abgrenzung gegen andere zu setzen, gleichgültig ob Amerikaner, Araber, Türken oder Chinesen. Europa benötigt wieder eine Idee seiner selbst, dann wird es auch Wege aus den Tunneln geben, deren Dunkelheit derzeit zu vielerlei Klagen Anlass gibt.

Gesucht sind Menschen und Institutionen, die zum Ausdruck bringen, dass Europa in seinem Kern eine Zivilisation ist, eine Wertegemeinschaft. Indem der Heilige Vater die religiöse Tiefendimension dieses Anliegens bei seinem Besuch in der Türkei eindeutig akzentuiert hat, hat er keineswegs Gräben zwischen den Religionen aufgerissen, sondern einen wirklich ernst, offenen und wo nötig kritischen Dialog zwischen Christentum und Islam überhaupt erst möglich gemacht. Europa kann nur eine Wertegemeinschaft sein, die neben dem Christentum auch andere Religionen einbezieht, weil deren Gläubige nun einmal mit uns Christen und den vielen Agnostikern mitten in Europa leben. Historisch besehen ist ja auch das christliche Europa nicht einfach aus den Bäumen gefallen. Europa war

lange heidnisch, ist es in Teilen immer geblieben und in manchen Teilen wieder geworden. Europas Identität bleibt also auch weiterhin ein Gestaltungsauftrag. In dieser Aufgabe Erfolg zu haben setzt einen Willen zur Zukunft voraus. Es setzt voraus, dass wir wahrhaft Europäer sein und werden wollen.

In den vergangenen Jahrzehnten war es immer eine einzige Idee, die eine ganze Generation für Europa mobilisiert und geprägt hat: die Generation derer, die die Schlagbäume niederriss; die Generation derer, die sich für eine gemeinsame Währung begeisterte; die Generation derer, die die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas in Freiheit wollte. Jedesmal wurde Europa im Namen einer grossen Idee neu erfunden. Doch paradoxerweise verlor die jeweilig formierende Idee immer dann an Strahlkraft, wenn sie Wirklichkeit geworden war.

Manchmal schlug Begeisterung sogar in Abwehrreflexe um. Heute stecken wir in einer Kosten-Nutzen-Falle. Es reicht nicht, Europa nur dadurch zu begründen, dass wir nachrechnen können, welches Telefonat oder Flugticket durch Massnahmen der EU preiswerter geworden ist. Wenn man nur auf die ökonomischen Umstände der Integration schaut, wird der Nutzen des einen schnell gegen die Kosten des anderen verrechnet werden: Wenn in Deutschland Arbeitsplätze verloren gehen, nutzt es vielleicht den Europäern in Bulgarien oder Estland, die dort billiger arbeiten.

Um aus einer rein ökonomischen Kosten-Nutzen-Betrachtung der europäischen Integration herauszukommen, ist im Zeitalter der Globalisierung eine alle Europäer miteinander zusammenführende und ihr Empfinden und ihre Tatkraft „organisierende“ Idee von Europa vonnöten, für die es sich einzusetzen gilt, eine Idee von Europa, die die Jugend der heute 15- bis 25-Jährigen, für die Europa der langweilige Normalfall ist, anspricht und mobilisiert.

Drei mögliche praktische Beiträge auf diesem Weg seien erwähnt: Erstens, könnte in Brüssel ein Europäisches Haus der Geschichte entstehen, in dem wir das europäisch Gemeinsame und Trennende erleben können und in dem die Besucher die noch offenen, leeren Räume einer europäischen Identität, die sich immer weiterentwickelt, selbst mit Leben füllen können.

Europa neu begründen

Menschen aller Generationen benötigen die Reflexion über Werte und Herkunft, Religion und Identität, damit sie Vertrauen für die Zukunft schöpfen können. Ein Europäisches Haus der Geschichte am Sitz der EU würde gewiss ein Touristenmagnet allererster Güte, gerade auch für Schulklassen, die Europas Hauptstadt besuchen.

Wir brauchen, zweitens, einen europäischen Zivildienst und einen europäischen Entwicklungsdienst. Der Einsatz für Benachteiligte, Schwache und Alte in Europa, vielleicht auch für Natur- und Klimaschutz, und der Einsatz für die Armen dieser Welt, vor allem in Afrika – ließe sich damit nicht die Generation der heute 15- bis 25-Jährigen mobilisieren? Sie würden unter der europäischen Fahne einen persönlichen Beitrag leisten können, der zeigt, dass Europäer das Antlitz dieser Welt menschlicher machen. Sollte dies nicht die richtige Alternative zu dem traditionellen und weithin überflüssig gewordenen europäischen Militärdienst sein? Grenzüberschreitende Hilfspflicht statt nationale Wehrpflicht, wäre das kein zeitgemässer Beitrag, damit in Europa auch Europäer aufwachsen?

Drittens, könnten bei den Olympischen Spielen 2008 in Peking alle europäischen Sportler hinter der europäischen Fahne einziehen, ehe sie sich wieder in ihre nationalen Teams zurückziehen. Was die beiden geteilten koreanischen Staaten schaffen, warum sollte Europa es nicht schaffen? Im Medaillenspiegel von Athen 2004 hätte die EU mit 82 Gold-, 102 Silber- und 98 Bronzemedailles unschlagbar vor den USA mit 35, China mit 32 und Russland mit 27 Goldmedaillen gestanden.

Kurz gesagt: Wir sollten uns, wo immer dies möglich ist, zu Europäern in unserer jeweiligen nationalen Eigenart bilden, um Europa zu leben als Teil unserer selbst und unserer nationalen Heimat. So sollten wir eine neue Geschichte von Europa als Wertegemeinschaft in der Welt von heute weitererzählen können.

Als letzter Redner bei der Unterzeichnungszeremonie der Römischen Verträge am 25. März 1957 rückte der luxemburgische Staats- und Außenminister Joseph Bech den damaligen Augenblick in einem grossen historischen Rahmen. Es werde gewiss lange dauern, so meinte er damals auf dem Kapitol, bis Europa vollständig geschaffen sei, aber ein richtiger

und guter Anfang sei doch gemacht. Am fünfzigsten Geburtstag dieser historischen Unterzeichnung, kann man Zwischenbilanz ziehen: Europa ist geschaffen, jetzt kommt es darauf an, dass Europäer entstehen, sich ihrer Wertgrundlagen vergewissern und in der Welt ihre Verantwortung wahrnehmen.

III. Europäische Parteien

Die grösste Volkspartei, und nicht nur in Deutschland, sind mittlerweile die Nichtwähler. Zögen sie in die Parlamente ein – unter welchem Banner auch immer –, so würden sich die Machtverhältnisse in unserem Land deutlich ändern. Doch selbst diejenigen, die wählen, bewirken zum eigenen Verdruss nur noch erratische Kombinationen mehrerer Parteien ohne programmatisches Profil und Durchschlagskraft. Grosse Koalitionen, so werden wir belehrt, schaffen bestenfalls kleine Schritte.

„Die Welt zerbricht, die Mitte hält nicht mehr“, heisst es bei dem irischen Dichter Yeats („Das zweite Kommen“). Im Blick auf Deutschlands politische Architektur ist es fast umgekehrt: Die Welt der Parteien zerbricht, die Mitte ist zu gross, fest und erstarrt geworden. Das Große Werk der großen Koalition: Eine immer weiter grassierende Entpolitisierung Deutschlands infolge der Profilunschärfe der Parteien bei der Bestimmung ihrer originären Ziele. Deutschland steht indessen mit diesen Phänomenen nicht allein in Europa. Bezeichnenderweise heisst die derzeitige Regierungspartei der Slowakei „Smer“, was „Richtung“ bedeutet und damit die pure Richtungslosigkeit beschreibt. Ein Blick in die europäische Nachbarschaft macht deutlich, was auf dem Weg, der in Deutschland mit einer Großen Koalition eingeschlagen wurde, noch alles geschehen kann. Einige Beispiele:

- Italien: Das Parteiensystem hat in den letzten zehn, fünfzehn Jahren eine einzigartige Transformation erlebt. Neue Parteien sind entstanden, nicht mehr als Volksparteien oder ideologisch motivierte Gestaltungsparteien, sondern als Bewegungsparteien (Lega Nord, Forza Italia), vor allem in Milieus, die traditionell von den Christlichen Demokraten gepachtet waren.

Europa neu begründen

- Polen: Die politische Landschaft ist aus der Überwindung der kommunistischen Diktatur entstanden. Die antikommunistischen Parteien haben ihren Charakter als Bewegung kaum abgelegt. Ihre Programmatik ist schwammig geblieben. In anderen Transformationsländern war es ähnlich. Auch hier, wie in Italien, entstanden Bewegungsparteien, teilweise dezidierte Interessenparteien, kaum aber Volksparteien des in Deutschland bisher so beliebten Typus.
- Tschechische Republik: Das Parteienspektrum ist unübersichtlich geworden, vor allem hinsichtlich der unterschiedlichen Gesellschaftsvorstellungen. Labile Koalitionsregierungen, derzeit als bürgerliche Minderheitenregierung, sind die Folge. Der Handlungsfähigkeit des politischen Systems dient dies nicht.
- Schweden: Vier Parteien, drei von ihnen mit weniger als zehn Prozent der Wählerstimmen, bilden jetzt die bürgerliche Regierungsmehrheit. Sie lösen die Sozialdemokraten ab, die es als stärkste Partei auch nur auf 35 Prozent der abgegebenen Stimmen brachten.
- Niederlande: Nach der Wahl vom November 2006 gehören der zweiten Kammer zehn Parteien und Gruppen an. Zur Regierungsbildung reicht nicht einmal die Große Koalition nach deutschem Muster. Christdemokraten und Sozialdemokraten haben gleichermaßen Wähler verloren.

Gesellschaft und Staat stehen sich in diesen und anderen europäischen Ländern immer mehr wie Fremde gegenüber. In vielen Transformationsländern ist die organisierte Verantwortungslosigkeit unter der kommunistischen Herrschaft einer organisierten Beteiligungsverweigerung gewichen. 1990 wählten 96 Prozent aller Tschechoslowaken, 2002 waren es noch 58 Prozent aller Tschechen, 2006 dann 64 Prozent. In anderen Ländern liegt die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent. Das Engagement für die Demokratie ist noch niedriger.

Diese Entwicklungen haben längst auch in Westeuropa Einzug gehalten. 1972 gingen 91,1 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland zur Bundestagswahl, 2005 waren es noch 77,7. Die Wähler verweigern sich in immer größerer Zahl einer Ordnung, deren Parteien sie innerlich als ausgezehrt und irrelevant für ihr Leben empfinden. Nicht die Demokratie

steckt in einer Krise, sondern – und dies allerorten in Europa – die Parteien, die sie Jahrzehntlang getragen haben. Die Menschen glauben immer weniger an die Gestaltungskraft der Parteien. Und die Parteien glauben immer weniger daran, dass sie die Wähler mit substantiellen Konzepten an sich binden können. Sie müssen sich nicht wundern, dass monothematische Parteien entstehen, die das Regieren keineswegs leichter machen und die Zufriedenheit ihrer Anhänger bestenfalls temporär steigern können.

In Deutschland hat viel Umbruch stattgefunden seit 1989/90. Weite Bereiche des privaten und gesellschaftlichen Lebens sind transformiert worden. Doch der Manager der Umbauarbeit, das deutsche Parteiensystem, hat sich all die Jahre unverändert gehalten. Es blieb bei den Systemparteien im Westen und bei der zur PDS mutierten Systempartei der DDR im Osten.

Das Leben ist weithin aus den Großparteien dieses Landes gewichen, Partei-Neugründungen sind langsam zur Selbstverständlichkeit geworden, womit Deutschland Anschluss an die europäische Umgebung zu finden begonnen hat. Der Umbruch in Italien, die Unruhe in Polen, Straßenschlachten in Ungarn und brennende Autos in Frankreich, schließlich das Stagnationssyndrom in Deutschland – das alles sind Symptome eines gesamteuropäischen Vorgangs.

Überall steht der Daseins- und Vorsorgestaat vor einem Scherbenhaufen. Er kann den Gesellschaften nicht mehr bieten, was er ihnen in der Vergangenheit zukommen ließ, nirgendwo in Europa. Während der Staat und in Deutschland die ihn tragenden Parteien gleichwohl ihre Bastionen der Existenzberechtigung zu sichern versuchen, sammeln sich die europäischen Gesellschaften neu, ohne zu wissen, wohin sie eigentlich wollen.

Das genau spiegelt sich aber auch in der Substanzarmut vieler Parteineugründungen in Europa wider. Es formieren sich die Zuspitzer, die Neinsager und Populisten. Es kommen und vergehen Parteien für die Erwärmung sozialer oder nationaler Gefühle. Parteien mit einem Ordnungsbild von Staat und Gesellschaft (und einer klaren Vorstellung ihres eigenen Anspruchs und seiner Grenzen) scheint es kaum mehr unter Parteineugründungen in Europa zu geben. Vielleicht erwarten das viele Bürger auch gar nicht. Vorbildfunktion trauen sich die meisten Politiker ja

Europa neu begründen

schon selbst nicht mehr zu. Das alles ist um uns herum in Europa längst Normalfall und dürfte es hierzulande auch bald sein, nicht nur an den Rändern, sondern mitten im Herz der deutschen Parteiendemokratie.

Politik und Wahlakt sind weithin zum emotionslosen Zweckbündnis zwischen Klienten und Politikanbietern geworden. Das Marktprinzip setzt sich durch, wo Parteien mit ordnungspolitischem Anspruch versagen oder erst gar nicht zustande kommen. Könnten europäische Ordnungsbilder und echte europäische Parteien an die Stelle des parteipolitischen Stillstands im Sozialstaat treten, könnten sie ein Anreiz sein, um aus der derzeitigen Krise der europäischen Parteiendemokratie zu kommen?

Europa elektrisiert und fasziniert derzeit nicht viele. Doch die Frage muss so gestellt werden, denn in ihr liegt die einzige konstruktive Perspektive. Aber wo wird heute wirklich programmatisch an einer europäischen Christdemokratie gebastelt, die nicht nur als Europäische Volkspartei in den europäischen Institutionen, sondern auch als europaweit wahrgenommenes Forum der Ordnungsbildung bestehen kann? Wo gibt es eine konzeptionell klare und soziologisch mehr oder weniger ähnlich verankerte europäische Sozialdemokratie? Wo wird an einer europäischen konservativen Partei gemeißelt, die offen genug ist, um Konservative von Lissabon bis Tallinn anzusprechen und nicht wie weiland im Nationalismus-Zeitalter gegeneinander, gegen die Demokratie oder gegen die europäische Integration in Stellung zu bringen? Wo sind die Anknüpfungspunkte eines liberalen Ordnungsmodells, wo doch alle heute in Europa irgendwie „liberal“ sein wollen? Es gibt die Grünen als europäische Partei, aber Grün im Sinne von Umweltbewusst sind heute doch irgendwie alle und gleichzeitig beantwortet Grün-Sein allein die Frage nach der europäischen Energiepolitik noch nicht, vor allem im Blick auf die unvermeidlich bleibende Kernenergie. Bedarf es angesichts neuer Zeiten im Lichte von Globalisierung und Identitätssuche womöglich gänzlich neuer Ordnungsbilder für echte europäische Parteien, damit diese wirklich Erfolg haben und in möglichst vielen Gesellschaften der EU als die eine, gleiche Partei verankert sind?

Es gibt Fraktionen im Europäischen Parlament, aber es gibt noch immer keine europäischen Parteien, die ihre Wurzel in gleichklingenden gesellschaftlichen Prozessen und Zielen allüberall in der EU hätten. Das ist die Großaufgabe des neuen Jahrhunderts: Europa wurde geschaffen, Europäer aber noch nicht. Im europäischen Parteiensystem wird sich dieses Anliegen in übersetzter Form wiederfinden müssen, wenn politische Parteien, so wie wir sie bisher kennen, auf Dauer wirksame Beiträge zur Gestaltung des öffentlichen Lebens in der Europäischen Union leisten sollen. Es bedarf endlich „richtiger“ EU-weiter Parteien, eines gemeinsamen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament und einheitlicher Spitzenkandidaten der europäischen Parteien für dessen nächste Wahl 2009.

Eine europäische Dimension begleitete von Anbeginn an die moderne Demokratie auf dem Kontinent und sie zieht sich als eine breite Spur bis zu der aktuellen Krise: Nationalstaat und Sozialstaat waren Zwillinge, beide geboren im 19. Jahrhundert. Nun ist der klassische Nationalstaat als autonomer Souverän nicht überwunden, aber doch verändert und verwandelt unter dem Druck fortschreitender Europäisierung. Die Währungssouveränität ist auf Europas Zentralbank übergegangen. Im Bereich der inneren und der äußeren Sicherheit vollziehen sich in diesen Jahren ähnliche Vorgänge, zuweilen quälend langsam wie in der Frage einer gemeinsamen europäischen Einwanderungspolitik, dann wieder erstaunlich schnell wie am Beispiel einer europäischen Friedenstruppe für den Nahen Osten zu beobachten. Allein im Bereich des klassischen europäischen Daseins- und Vorsorgestaates hat die europäische Transformation (noch) nicht stattgefunden. Mangelt es auch deshalb an profilierten Parteien – oder ist es umgekehrt?

Demographie und Wirtschaftsentwicklung weisen in den meisten EU-Mitgliedsstaaten ähnliche Tendenzen auf. Von einer europaweiten Verständigung über europäische Gesellschaftsbilder aber sind wir weit entfernt. Gleichwohl muss man festhalten: Mit den Wirklichkeiten haben sich die politischen Handlungsfelder verschoben. Im Rahmen des einzelnen Staates kann man das Bild, das die Gesellschaft von sich selber hat und wie sie es gerne haben möchte, nicht mehr malen.

Von dem Soziologen Werner Sombart stammt das Wort von der „schöpferischen Zerstörung“, das durch den österreichischen Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter popularisiert wurde. Gemeint war der Umbau im Wirtschaftsleben durch die Abschüttelung alter Produktionen und den Aufbau neuer. Parteien verstehen sich als Produzenten politischer Güter. Ihr Handlungsrahmen hat sich geändert und ihre Gestaltungskraft ist gesunken.

Man mag es mögen, wünschen, verfluchen: Die eigentümliche Schönheit der „schöpferischen Zerstörung“ hat nach vielen anderen Ländern der EU auch in der deutschen Parteienlandschaft längst begonnen. In vielen anderen Staaten Europas ist diese schöpferische Zerstörung längst viel weiter fortgeschritten. An ihrem Ende kann parteipolitische Kleinstaaterei und national verengter Provinzialismus stehen oder ein überzeugender Beitrag zu einem neuen Aufbruch für und in Europa. Ein Aufbruch hin zu wirklich EU-weiten politischen Parteien – bisher haben ihn, wenigstens formal, nur die Grünen geschafft. Alle anderen, die sich für modern und zukunftswillig halten, sollten endlich folgen. Sonst werden sie an ihrer eigenen Richtungslosigkeit zerfallen. Beispiele dafür gibt es landauf, landab in der Europäischen Union.

IV. Sozialstaat und Wohlfahrt europäisieren

Was ist mit dem Nationalstaat des „alten Europa“ seit dem Inkrafttreten der Römischen Verträge vor fünf Jahrzehnten geschehen? Der Nationalstaat ist in keinem Falle untergegangen, das ist auch niemals die Absicht selbst der noch so engagierten Föderalisten gewesen. Alles andere sind eher unseriöse Behauptungen, ausgelöst durch ein gewisses Interesse, den föderalen Ansatz zu diskreditieren. Der föderale Ansatz hat sich indessen faktisch durchgesetzt. Es hat unterdessen ein System des Regierens in Europa auf mehreren Ebenen geschaffen. Dieses ist gleichwohl unzulänglich, unvollständig und nicht widerspruchsfrei.

Erschöpft durch den Dreißigjährigen Bürgerkrieg, der Europa von 1914 bis 1945 zerstörte und die weltweite Macht seiner ehemaligen Kolonialstaaten endgültig untergrub, hat gleichzeitig eine Transformation des westeu-

ropäischen Nationalstaates begonnen. Identitätsfragen, die auf dem Nationenbegriff gründen oder die nationale Homogenität zum Kern haben, wurden abgemildert. Heute – Ausnahmen wie im Baskenland bestätigen die Regel – gründet der westeuropäische Nationalstaat auf politischer Loyalität, die in der Qualität des Grundrechtsschutzes und der Freiheitsentfaltung seiner Bürger ihre stärkste Wurzel hat.

Herkömmliche nationale Identitätsfragen sind nicht vollständig verblichen. Oftmals aber haben sie den Charakter von Mentalitätsfragen angenommen. Es geht nun nicht mehr um Krieg und Frieden wie vor wenigen Jahren im Kosovo oder immer noch im Kaukasus. Innerhalb der Gesellschaft geht es eher um die Frage, ob ein französischer Geschäftsmann seinen holländischen Kollegen zu einem französisch-opulenten Mittagessen mit Wein einladen soll, um gute Geschäftsabschlüsse zu machen, oder ob er das nüchterne holländische Sandwich mit Mineralwasser vorziehen und erst hinterher im Büro zur Sache kommen soll. Unter den politischen Akteuren geht es um das Management von ökonomisch definierbaren Interessen in einer EU, die strukturell auf Konsenszwang ausgelegt ist.

Identität wird heute weithin aus der Kraft der Sozialstaatlichkeit geschöpft und auf diese bezogen. Fragen der Daseinsabsicherung, der sozialen Vorsorge und Fürsorge sind elementarer für die Frage nach dem bürgerschaftlichen Staatsbewusstsein als klassische nationale Topoi. Identitäten wurden oftmals zu Mentalitäten abgeschliffen. Es gehört zu den Folgen dieser europäischen Transformation des westeuropäischen Nationalstaates, dass in Westeuropa oftmals nur ungenau verstanden wurde und verstanden wird, dass in Mittelosteuropa, in Südosteuropa und in Osteuropa Mentalitäten immer noch Ausdruck tiefsitzender nationaler Identitäten sind. Identitäten aber sind selten verhandelbar und in eine Konsensform zu gießen.

Der Identitätsanspruch des Nationalstaates hat sich in den postkommunistischen Transformationsgesellschaften bestenfalls oberflächlich abgeschwächt. Mit dem Zerfall der kommunistischen Einparteiendiktaturen schwand an vielen Orten das Zutrauen überhaupt zu staatlicher Ordnung und Autorität. Die Idee des Staates als Leitbild der freiheitsschützenden

Europa neu begründen

Ordnung hat daher in den postkommunistischen Breiten Europas Mühe, sich überall durchzusetzen.

Mehr als je aber ist die Erwartung aufgeladen worden, dass der Staat für die soziale Sicherheit, für Vorsorge und Fürsorge zuständig ist. Europa wird häufig als die Erweiterung dieser Erwartungsprojektion betrachtet. Europa ist gut, so denken viele, weil in ihm die Hoffnung auf sozialen Fortschritt schlummert und Europa, so denken sie weiter, ist nur solange gut wie die Erwartung auf Verbesserung des sozialen Daseins durch die EU erfüllt wird. Desillusionierungen waren bei solchen Vorstellungen zu erwarten und sind unausweichlich eingetreten. Viele Menschen in den Transformationsgesellschaften verstanden oftmals nur ungenau, dass der Souveränitäts- und Identitätsanspruch des freiheitlichen Verfassungsstaates sich heute vor allem in politischem Grundrechtsschutz abbildet. Eine soziale Rundumversorgung ist ihm weder möglich noch ist diese gar durch europäische Regeln zu gewinnen.

Damit aber sind zwei atmungsschwache Lungenhälften zueinander gelangt. Der westeuropäische Nationalstaat wird heute vor allem dort in Anspruch genommen und kritisiert, wo es um Fragen der Wohlfahrtstaatlichkeit und der sozialen Daseinsgestaltung geht. Er kann die erwarteten Leistungen kaum noch erbringen. Seine parteipolitischen Frontverläufe markieren ebenso die Sehnsucht nach der gemeinwohlverträglichen Gerechtigkeit wie das Unvermögen, diese durch konsequente Reformansätze in ihren Grundfesten überhaupt noch zu sichern.

Der Nationalstaat ist europäisiert worden, der Sozial- und Wohlfahrtsstaat aber nicht. Mehr als mit irgendeiner anderen Frage sind die derzeitigen politischen Akteure des Nationalstaates in Europa mit seinem Management beschäftigt, das zu einem permanenten Krisenmanagement geworden ist. Der heutige Sozialstaat in den Mitgliedsländern der EU vermag immer weniger den Zusammenhalt der Gesellschaft zu meistern.

Er versagt im Dienst dieser nationalen Aufgabe und steht doch zugleich quer zum Anspruch auf sozialen Zusammenhalt in Europa: Im europäischen Zusammenhang wird der Nutzen des einen allzu häufig gegen die Folgekosten des anderen aufgerechnet. Die europäische Ebene ist nicht

zuständig für Grundanliegen der Sozial- und Wohlfahrtstaatlichkeit und wird doch in Anspruch genommen als das tönernen Objekt, an dem recht einfach und eilfertig Unmut über viele sozialpolitische Unzulänglichkeiten unserer Tage abgelassen wird.

Von einem europäisierten Sozialstaat sind wir heute meilenweit entfernt und werden es vermutlich auf Jahrzehnte bleiben. Die großen sozialen und ökonomischen Asymmetrien und regionalen Unterschiede in der EU stehen ihm entgegen. Dennoch – oder gerade weil dies alles so ist: An einer trans-europäischen Erweiterung des unionsbürgerschaftlichen Solidaritätsverständnisses wird auf Dauer kein Weg vorbeigehen.

Ich plädiere nicht für den harmonisierten europäischen Sozialstaat. Ich breche aber wohl eine Lanze für die erforderliche Konvergenz, für Mindeststandards und benchmarking und für innovative europäische Modelle der Wohlfahrtstaatlichkeit. Die allerorten in Europa stattfindenden Anpassungen in den Sozialstaaten werden nur noch zufriedenstellend und finanzierbar gelingen, wenn präzise zu identifizierende Leistungen europäisiert werden. Nur diese Zusammenführung kann die Kapitalbasis des Sozial- und Wohlfahrtswesens in der EU erweitern (zumal unter den Bedingungen alternder und schrumpfender Gesellschaften), die für ein sachgerechteres Wechselspiel von Einnahmen und Ausgaben erforderlich ist. Zugleich können auf diese Weise durch Effizienzgewinne vermutlich Einsparpotentiale in den einzelnen Staatshaushalten erwachsen.

Der nationalverfasste Sozialstaat ist in den meisten Ländern der EU nicht mehr zufriedenstellend zu finanzieren. Die Kapitalbasis ist zu dünn geworden oder sie ist zu dünn geblieben. Dem nationalstaatlich verfassten Sozialstaat fehlt damit die Basis, es fehlt ihm aber auch das Ziel: die Mehrung nationaler Identität und ihr Triumph über die sozialen Verhältnisse der Nachbarstaaten ist heute keine Perspektive mehr. Vielmehr ist ein fragiler Sozialstaat an einer Stelle in Europa auf Dauer zum Schaden aller in der EU.

Vor dem Hintergrund des demographischen Schrumpfungs- und Alterungsprozesses warnen Experten bereits vor „Alterungsrezessionen“. Die Bevölkerung der EU wird von heute 485 Millionen bis 2050 auf 456 Mil-

lionen schrumpfen, die amerikanische Bevölkerung von heute 300 auf 420 Millionen wachsen. Der Altersdurchschnitt der Europäer wird dann bei 53 Jahren liegen, derjenige der Amerikaner bei 36 Jahren. Dies ist in etwa identisch mit dem Altersdurchschnitt in der arabischen Welt und in Afrika, wo es einen Arbeitskräfteüberschuss von 146 beziehungsweise 402 Millionen Menschen geben wird – mit unabsehbaren Folgen für den auf Europa lastenden Migrationsdruck. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts stellten Europäer 25 Prozent der Weltbevölkerung, um 2050 werden es nurmehr neun Prozent sein. Es ist höchste Zeit, aus der Schrumpfungs- und Überalterungsfalle mit einem neuen Ansatz transnationaler Unionsbürgerschaftlichkeit herauszukommen.

Soll die europäische Einigung funktionieren, müsste die Unionsbürgerschaft, die mit dem Maastrichter Vertrag formaljuristisch eingeführt wurde, mit echtem Leben gefüllt werden. Ein lebendiger europäischer Unionsbürgergeist würde sich auch der Frage öffnen müssen, auf welche Weise im Bereich der Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit ein veritables Mehrebenensystem geschaffen werden kann, das unter Anerkennung des Grundsatzes der Subsidiarität den einzelnen Nationalstaat nicht aus der sozialen und wohlfahrtsstaatlichen Verantwortung entlässt, aber eben doch in diesen Aufgaben europäisch erweitert. Dazu könnten kreative Modelle beitragen, zum Beispiel Optionenmodelle, bei denen Wanderarbeiter entscheiden können, ob sie weiterhin in die Sozialsysteme ihres Herkunftslandes einzahlen oder in die Systeme des ausländischen Ortes ihrer temporären Erwerbstätigkeit.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden auf Dauer nicht umhin können, das EU Budget substantiell zu erhöhen – nicht um den Preis neuer nationaler Steuerbelastungen, sondern unter Verzicht auf einen erheblicheren Anteil der nationalen Steuermittel zugunsten eines Transfers von entschieden mehr als einem Prozent des nationalen Bruttosozialproduktes an die Europäische Union. Anderenfalls werden die Aufgaben und Erfordernisse, die an die EU gerichtet werden und in Zukunft unausweichlich zunehmen werden, unter keinen Umständen adäquat erfüllt werden können. Die Stärkung des EU-Budgets und die Einrichtung einer genuinen Eigenmittelquelle – einer EU-Steuer – müssten natürlich einhergehen mit streng-

ster Haushaltskontrolle und einer konsequenten Verankerung des Prinzips der politischen Rechenschaftspflicht.

Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben Fachleute errechnet, dass mindestens ein Budget in Höhe von fünf Prozent des gemeinschaftlichen Bruttosozialproduktes erforderlich sei, um die damalige EG handlungsfähig zu machen. Heute sind ihr unendlich mehr Aufgaben zugewachsen, doch das Budget ist unterausgestattet geblieben. So kann die EU nicht wirklich gelingen. Eine unterfinanzierte EU zieht logischerweise immer neue Pfeile der Kritik und der Unzufriedenheit auf sich.

Dabei wäre, um es nochmals deutlich zu unterstreichen, nicht an eine Erhöhung der Gesamtsteuer- und Abgabenlast eines jeden Unionsbürgers zu denken, sondern an eine relevante Umverteilung von den nationalen Steuereinnahmen auf die EU-Ebene. In diese Richtung müsste die EU-Reise jedenfalls gehen, um den europäisierten Nationalstaat um einen europäisierten Sozialstaat zu ergänzen und um die unionsbürgerschaftliche Solidaritätsvorstellung europäisch zu erweitern. Bisher ist der Begriff der Unionsbürgerschaft in der Europäischen Union eine eher formale juristische Kategorie geblieben. Häufig wird er gar bespöttelt. Tatsächlich aber ist eine lebendige Unionsbürgerschaft in der EU der Schlüssel, um die Umwälzungen und Unruhen, die mit der gegenwärtigen Neugründung der EU aus dem Geist ihrer Verfassungskrise verbunden sind, konsequent aufzufangen und in eine konstruktive, nachhaltig positive Bahn zu lenken.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opatów) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP

- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 130 (2004) Thorsten Faas / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective
- C 132 (2004) Ludger Kühnhardt / Gabor Erdödy / Christoph Böhr
L'Europa centrale fra le culture politiche nazionali tradizionali ed una nuova identità europea
- C 133 (2004) Hubert Iral
Wartesaal oder Intensivstation? Zur Lage der EU nach der gescheiterten Regierungskonferenz
- C 134 (2004) Nicole Groß
Netzwerkbildung in der EU als regionale Standortpolitik? Nordrhein-Westfalen und die transnationalen Beziehungen zu Regionen im Benelux-Raum sowie in Mittel- und Osteuropa
- C 135 (2004) Karl-Heinz Narjes
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 136 (2004) Ludger Kühnhardt
The Global Proliferation of Regional Integration. European Experience and World-wide Trends
- C 137 (2004) Andreas Marchetti (ed.)
The CSCE as a Model to Transform Western Relations with the Greater Middle East
- C 138 (2004) Lothar Rühl
Conditions for a European intervention strategy in application of the ESDP and US/Nato crisis management
- C 139 (2004) Hubert Iral
Im Spannungsfeld zwischen Normalzustand und Legitimationsfragen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung und des Verfassungsgebungsprozesses
- C 140 (2004) Franz-Josef Meiers
Transatlantic Relations after the U.S. Elections. From Rift to Harmony?
- C 141 (2004) Ludger Kühnhardt
From National Identity to European Constitutionalism. European Integration: The first fifty years
- C 142 (2005) Ashkaan Rahimi
The Evolution of EU Asylum Policy
- C 143 (2005) Samuel Wells / Ludger Kühnhardt (eds.)
The Crisis in Transatlantic Relations
- C 144 (2005) Hansjörg Eiff
Zum Problem des Kosovo-Status
- C 145 (2005) Miguel E. Cárdenas / Christian Arnold
La experiencia de la Unión Europea y sus anécdotas para la «Comunidad Andina de Naciones» (CAN)
- C 146 (2005) Franjo Štiblar
Preservation of National Identity and Interests in the Enlarged EU
- C 147 (2005) Erol Esen
Grundzüge der Kommunalverwaltung und die europäische Integration der Türkei. Strukturen, Aufgaben und Standpunkte
- C 148 (2005) Jürgen Elvert
Zur gegenwärtigen Verfassung der Europäischen Union. Einige Überlegungen aus geschichtswissenschaftlicher Sicht
- C 149 (2005) Matti Wiberg
New Winners and Old Losers. A Priori Voting Power in the EU25

- C 150 (2005) Siebo M. H. Janssen
Belgien – Modell für eine föderal verfasste EU? Die Föderalisierung Belgiens im Kontext der Europäischen Integration
- C 151 (2005) Geert-Hinrich Ahrens
Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Die schwierige Mission der OSZE/ODIHR-Wahlbeobachter (August 2004 bis Januar 2005)
- C 152 (2005) Ludger Kühnhardt
Northeast Asia: Obstacles to Regional Integration. The Interests of the European Union
- C 153 (2005) Martin Zimmek
Integrationsprozesse in Lateinamerika. Aktuelle Herausforderungen in Mittelamerika und der Andenregion
- C 154 (2005) Andreas Marchetti (ed.)
Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade
- C 155 (2006) Valeria Marziali
Lobbying in Brussels. Interest Representation and Need for Information
- C 156 (2006) Nina Eschke / Thomas Malick (eds.)
The European Constitution and its Ratification Crisis. Constitutional Debates in the EU Member States
- C 157 (2006) Ludger Kühnhardt
European Integration: Challenge and Response. Crises as Engines of Progress in European Integration History
- C 158 (2006) Andreas Marchetti
The European Neighbourhood Policy. Foreign Policy at the EU's Periphery
- C 159 (2006) Thomas Demmelhuber
The Euro-Mediterranean Space as an Imagined (Geo-)political, Economic and Cultural Entity
- C 160 (2006) Emil Mintchev / Janusz Musial
Stabilität durch Bildung. Die Fortbildungsprojekte des "Zentrum für Europäische Integrationsforschung" (ZEI) in Südosteuropa (1999 – 2006)
- C 161 (2006) Jürgen Mittag
Escaping the Legitimacy-Accountability-Trap? Perspectives of Parliamentary Participation in European Security and Defence Policy
- C 162 (2006) Cordula Janowski
Globalization, Regional Integration and the EU. Pleadings for a Broader Perspective
- C 163 (2006) Swetlana W. Pogorelskaja
Die Bedeutung der deutschen parteinahen Stiftungen für die EU-Politik gegenüber den MOE- und GUS-Staaten
- C 164 (2006) Wolfram Hilz
Deutschlands EU-Präsidentschaft 2007. Integrationspolitische Akzente in schwierigen Zeiten
- C 165 (2006) Franz-Josef Meiers
Zwischen Partnerschaft und Widerspruch. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit dem 11. September 2001
- C 166 (2006) Christiana Tings
The new German European Policy. Challenges to Decentralised EU Policy Coordination
- C 167 (2007) Ludger Kühnhardt
Europa neu begründen

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.zei.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.zei.de>.

ISSN 1435-3288

ISBN 978-3-936183-67-2

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-4952
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>